

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis bei uns durch die Postagentur...
Preis 2,40 Reichsmark monatlich...
Werbungskosten...
Verlagsort: Merseburg.

Kreisblatt

Preis...
Bezug...
Werbung...
Verlag...

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

№. 37.

Donnerstag, den 13. Februar 1919

159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.

Wahlen von Stad verordneten bzw. Gemeindevertretern.
Verordnung über die Einleitung, Entlassung und Entschädigung von Beamten.
Wahl von Beamten.
Anstellungsbefehl für Anstellungsstellenbesetzung.

Tageschronik

Exkurs des ersten Reichspräsidenten Programm.
Dienstpflicht in Deutschland nach dem Willen der Schweiz.
Zwei und eine halbe Milliarde Fehlbetrag im Reichshaushalt!
Spartanus regt sich von Neuem.
Kein Staatsbankrott in Aussicht!
Eine deutsche Note in der Polensfrage.
Kampfbefehl innerhalb der Entente.
Die Franzosen herrschen in der Polz.

Der neue Reichspräsident.

Die Wahl wurde durch Stimmzettel vollzogen. Darauf verkündete Präsident Dr. Ebert das Ergebnis:
Abgegeben sind 79 Zettel. Davon waren ungültig (weil) 51. Es blieben also gültige Stimmen 288. Die absolute Mehrheit davon ist 145. Es haben gültige Stimmen erhalten Ebert 277, Graf Pöhlmann 49, Scheidemann 1, Erzberger 1. (Heiterkeit). Der Herr Abgeordnete und seitiger Volksbeauftragte Fritz Ebert ist somit zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt. (Braus) Jurist bei den unabhängigen Sozialdemokraten: Friedrich der Einzige! Ich richte die Frage an ihn, ob er die Wahl annimmt. Volksbeauftragter Ebert: Herr Präsident, ich nehme die Wahl zum Reichspräsidenten mit Dank an. (Loblicher Beifall). Präsident Dr. David richte dann nach einem Rückblick auf die Ereignisse seit dem November vorigen Jahres warme Worte der Begrüßung an den neuen Präsidenten. Er schließt seine Ansprache wie folgt: Die Nationalversammlung begrüßt den Präsidenten des Deutschen Reiches und setzt ihn in seine hohen Rechte ein. Wäge er sie wahrnehmen im Geiste der Verfassung, der Veremlichung der freigesählten Vertreter des freien deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Saale und den Tribünen.) Das Wort hat der Reichspräsident.

Reichspräsident Ebert:

Zunächst danke ich für die freundlichen Worte Ihres Herrn Präsidenten. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Der Herr, den Sie lieben an mich rufen, ist ein Ruf der Welt. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr denn jemals jeder Deutsche auf dem Wege, auf den er gestellt wird, seine Schicksalsteile zu tun hat. (Braus) Mit allen meinen Kräften und mit aller Hingabe werde ich mich bemühen, jenes Amt gerecht und unparteiisch zu führen. (Ausschrei der Umhüllungen.) Niemand zusehe und niemand zusehe! (Beifall). Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik gewissenhaft beachten und schützen werde. (Loblicher Beifall). Ich will und werde als Vertreter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vorkämpfer einer einzigen Partei. (Loblicher Beifall). Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Vaterlandes bin (Beifall), unentwunden in der Gewandtheit des Sozialismus, und daß ich meine Verantwortung nach meine Vaterlandsgemeinschaft zu verstanden gekommen bin. (Loblicher Beifall). In dem Sie das höchste Amt des deutschen Reiches mit übernommen haben, Sie, ich weiß es, seine einseitige Parteibeherrschung aufzuheben wollen. Sie haben aber damit den ungetrübten Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterfrage für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Minderung und Abtragung der Vorrechte der Arbeit. Jetzt hat das deutsche Volk diese Vorrechte aus dem Gebiete der Politik selbst herausgerissen (Beifall), und auch auf sozialem Gebiete vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Menschentümlichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gesicht aufzuhaben. Bewegung, Licht und Luft zu schaffen. Unter Volk wird sich auch durchziehen, draußen in der Welt und zu Hause. Die Lichtheit der Männer der Volkswelt, das Ehrliche ihres Strebens und die Reinheit ihres Willens müssen den Beweis erbringen für die Richtigkeit des großen Grundgedankes der Volksgewalt. Alle diese

Forderungen stellen an mich die schwersten Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdet arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes, und so, meine Damen und Herren, lassen wir uns rufen: Das deutsche Volk, das deutsche Vaterland, sie leben hoch! (Das Haus, mit Ausnahme der Unzufriedenigen, hat sich erhoben und stimmt kräftig in den Ruf aus. Händeklatschen im Saale und auf den Tribünen.)

Ein Janardanoff

bringt aus der Antrittsrede des neuen Reichspräsidenten Ebert, der alle bürgerlichen Elemente, alle, die zu arbeiten und zu sparen gewohnt sind, um ihren Kindern da sfortkommen zu erleichtern, durch Markt und Wein gehen muß. Ebert sagte, die ganze wirtschaftliche Entwicklung ließe sich darstellen als eine fortwährende Minderung der Rechte der Geburt. Auf politischem Gebiete seien diese rechtlos beseitigt und auch auf sozialem Gebiet würden wir bestrebt sein müssen, allen den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gesicht aufzuhaben.

Das ist b e u t l i c h und kann nicht mißverstanden werden: das bürgerliche Erbrecht soll vernichtet und damit der Spartanisch und die Kapitalbildung abgeändert werden. Von da bis zur Konstitution des Privatigentums ist nur ein kleiner Schritt! Mein Wunder, wenn diese Stelle der Ebertschen Rede in

Wirtschaftspolitische Putschertum.

Der Volkswirt erlebt jetzt eine furchterliche Zeit. Er sieht, wie ein wirtschaftspolitisches Putschertum sich breit macht, das unbedingt zu einer Katastrophe führen muß. Denn was jetzt unter dem Deckmantel „sozialistischer Wirtschaftspolitik“ geschieht, ist kein Sozialismus, ist kein Marxismus, es ist weiter nichts als freies Putschertum.

In der letzten Zeit ist Ausdruck der Revolution ist ein Kapitalverwirrungsstadium worden, das größer ist, als viele Monate Kriegsführung gefordert hätten. Die Kriegswirtschaft sieht jetzt auf 87 bis 88 Proz., das heißt, es sind rund 10 Milliarden Mark verloren worden! Der Verlust durch den Krieg an der Börse ist ein Vielfaches hiervon. Und warum das alles? Weil etwas fehlt, das im Wirtschaftsleben nicht erzieht werden kann, das ebenso notwendig ist wie Natur, Arbeit und Kapital: das Vertrauen. Wo kein Vertrauen ist, wird nicht produziert, wird nichts unternommen, wird nicht gebaut. Durch das fortwährende Gerate über Sozialpolitik ist die Unternehmungstätigkeit unserer Industrien verheert worden. Die Landwirte fürchten sich, jetzt große Investitionen vorzunehmen, weil sie nicht wissen, was mit ihnen geschieht.

Gewiß, die lebenden Mächte der Politik, und namentlich das Reichswirtschaftsamt, sind sich im klaren darüber, was sie von den latenten Schlagworten, die jetzt überall aufgeführt zu halten haben. Sie sind bestrebt, die Sozialisten nur in dem Maße vorzunehmen wie

Die Wilmage ist doch zu groß.

Die neuen Männer in der Regierung.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, fand am 11. Februar abends im Schlosse zu Weimar eine Besprechung der Fraktionsmitglieder der Mehrheitspartei mit dem neugewählten Reichspräsidenten Ebert über die Frage der Kabinettsbildung statt. Nach den bisherigen Dispositionen der Parteien dürften die Reichskämmer wie folgt besetzt werden: Ministerpräsident: Scheidemann (Soz.), Vizepräsident: Erzberger (Demokrat), der gleichzeitig die Führung des Reichsamtes des Innern übernehmen wird, Reichsfinanzamt: Roste (Soz.), Reichsarbeitsamt: Bauer (Soz.), Reichsernährungsamt: Herold (Zentr.), Reichsjustizamt: Peterlein (Demokrat), Reichspostamt: Giesberts (Zentr.), Reichsfinanzamt: Schiffer (Demokrat), Reichswirtschaftsamt: Willel (Soz.), Reichsjustizamt: Landberg (Soz.), Auswärtiges Amt: v. Brockdorff-Rantzau. Als Minister ohne Portefeuille werden genannt: Dr. David (Soz.), Suse (Soz.) und Erzberger (Zentrum).

Fehrenbach, Präsident der Nationalversammlung.

Bei aus Weimar gemacht wird, haben sich die Parteiführer dahin geeinigt, daß das Zentrum bei Ebert hat, eine der drei sogenannten leitenden Stellen zu belegen, Dr. David zurücktritt und seinen Platz für Herrn Fehrenbach frei macht.

Weimarer Sorgen.

Die mehrheitssozialistische Fraktion der Nationalversammlung beschäftigt eine gemeinliche Rundgebung der Nationalversammlung an das In- und Ausland zu erlassen über die wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik. Inzwischen treten an die Reichsämter schon neue Sorgen heran. So die Forderung zu erfüllen neuen Forderungen der Franzosen bei den Waffenstillstandsverhandlungen. Auch um die Zukunft unserer Kolonien liegt man sich. Eine große Durcheinander in Bezug auf Schaltung derselben wird geplant. Dabei will die deutsche Volkswirtschaft nicht veranlassen. Die in den Ostmarken gewählten Abgeordneten wollen eine diesbezügliche Resolution einbringen, die erklärt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Regierung in der Abwehr der Polenfrage zu unterstützen bereit ist. In der betr. Resolution heißt es u. a.:

Die Nationalversammlung fordert von der Reichs- und der preussischen Staatsregierung, unverzüglich alle Mittel anzuwenden, die geeignet sind, in den östlichen Provinzen den in dem Waffenstillstandsvertrage vorgesehene Zustand der unversicherten Grenzen des 1. August 1914 herzustellen und zu sichern. Durch die Übergriffe der Polen werden durch russische Volkswirtschaftstruppen und Banden sind die Grenzen gegenwärtig verletzt oder bedroht. Die Nationalversammlung erwartet, daß die Friedenskonferenz, getreu dem Wortlaut und Sinne von Punkt 13 der Note Wilson vom 8. Januar 1918 und seinen folgenden Ausdehnungen, im Sinne des Reiches einen Zustand schafft, der mit den Forderungen eines dauerhaften Rechtsfriedens und des Lebensnetzwerkes des deutschen Volkes vereinbar ist.*

in welchem der Parteien meist bekannt ist. Das ist nicht glaublich. Dort hört man immer wieder den Ruf nach Entzignung, jenen Schlußtritt gegen den Kapitalismus, und das muß das Vertrauen unter allen Umständen untergraben.

Wer in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt hat, mit Arbeitern über die Frage der Sozialisierung zu sprechen, der muß finden, daß die meisten überhaupt nicht wußten, was darunter zu verstehen ist. Die einen glaubten, daß Sozialisierung die Erhöhung der Arbeitslöhne ist, die anderen meinen, es sei die Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn, wieder andere es schrieben darin die Abschaffung sämtlicher Verträge in das Eigentum der Gesellschaft, io wie es Karl Marx vorschlägt. Wie grundverwirrt ist doch in Wirklichkeit das, was man jetzt unter Sozialisierung zu verstehen hat! Es ist nichts anderes als Verstaatlichung. Welcher Mensch spricht davon, daß die Eisenbahn oder die Post „sozialisiert“ seien? Sie sind ebenso verstaatlicht, wie man in Justiz die Stromgewinnung, den Bergbau, das Versicherungswesen usw. verstaatlichen wird. Gebräucht man in diesem Zusammenhang das Wort „Sozialisierung“, so ist das ein Schlagwort, das von gefährlichen Wirkungen begleitet sein muß. Es erweckt Hoffnungen, und da diese nicht erfüllt werden können, kann der Rassenjammer nicht ausbleiben. Deshalb ist die oberste Forderung: Klarheit in dem, was man zu tun gedenkt. An dieser Klarheit hat es bis jetzt, sehr zum Schaden unserer Leistungsfähigkeit, gefehlt, der Monat an Klarheit ist zum größten Teile die Ursache unseres jetzigen Zustandes.

An wirtschaftlichen Dingen mangelt es nichtens genau io, wie an Vertrauen und Klarheit, und der schlimmste Ausdruck hierfür sind die übertriebenen Forderungen der Arbeiter. Die Arbeiter müssen sich zunächst einmal überhaubt die Frage vorlegen, an was sie größeres Interesse haben: an höherer Löhnen oder niedrigeren Preisen. Und da kann es nur eine Antwort geben: Herunter von dem jetzigen Preisniveau! Denn wenn man die Löhne erhöht, dann verteuert man die Produktion, hierzu kommen die Zuschläge des Groß- und Kleinhandels und die sonstigen Verluste, die sich proportional entsprechend steigern. Die Folge davon ist, daß der Unterschied zwischen Nominallohn und Reallohn immer größer wird.

Reider beschäftigt man sich mit uns zu wenig mit den jetzigen Zuständen in Rußland. Dort haben die Arbeiter die Produktionsfrage erheblich die Kapitalisten der einzelnen Unternehmen mit dem Erlöse, daß die Unternehmen dem Staatsertrag ausreicht werden ohne Rücksicht auf die Folgen, die sich daraus ergeben. Auch bei uns in Deutschland werden die russischen Zustände erreicht, wenn wir in dem bisherigen Rohstoff weiterentwickeln. Man muß hoffen, daß das deutsche Volk einsehen kann, daß die Dummheiten der russischen Volkswirtschaft nicht nachzumachen, wo es mit solcher Klarheit die Folgen sehen kann, wenn es sehen will.

Eine Anfrage an die Regierung.

Erfahre der an die Entente zu zahlenden Lasten?

Der Nationalversammlung ist folgende Anfrage zugewandt: Private, Gemeinden und Distrikte der von den Heeren der Alliierten besetzten Gebiete müssen für die feindlichen Verwaltungen io außerdem entlich hohe Aufwendungen machen, daß sie ohne Hilfe des Reiches nicht in

der Lage sind, diese Lasten auf die Dauer zu tragen. Ist die Reichsregierung bereit, den Bewohnern, Gemeinden und Distrikten die für die Heere der Alliierten gemachten Aufwendungen alsbald zurückzuführen?

Dienstpflicht nach Schweizerischem Muster.

Einführung des Arbeitszwangs.

Ein Entwurf für ein neues Wehrgesetz wird binnen kurzer Zeit, wie in Weimar berichtet, der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt werden. Nach diesem Entwurf soll die allgemeine Dienstpflicht für das zu bildende Volkstheater nach dem Muster der Schweiz eingeführt werden. Die Dienstpflicht soll also auf sehr kurze Zeit bemessen werden. Wie weiter mitgeteilt wird, soll auch der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, das sich mit der Regelung der Arbeiterfrage befaßt und auch die Einführung des Arbeitszwangs vorstelt.

2 1/2 Milliarden Schuldbetrag

Nach einer Bekanntgabe in der Fraktionsversammlung der Reichskammern hat sich seit dem 9. November ein Schuldbetrag von fast 2 1/2 Milliarden in Staatshaushalt des Reiches ergeben.

Saale gegen Kurhessen.

Der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Abgeordneter Saale, äußerte sich einem parlamentarischen Interdikt gegenüber wie folgt:

Meine Auffassung von der innerpolitischen Lage geht dahin, daß wir vorerst mit absoluter Ruhe zu verfahren haben. Etwas anderes ist ein einseitig gewordene Kaufmann, also Bankrott. Der Stand ihres Vermögens und ihres Einkommens den Behörden darzulegen hätten, damit auf Grund ganz einwandfreier Angaben eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kosten im ganzen Reich vorgenommen werden könne. Aus dieser Verteilung mit anderen Bemerkungen, die sich auf die schwierige Lage der Reichs- und Staatsfinanzen bezogen, ist unabhängig oder böswillig gemacht. Ich hätte den Staats- oder Reichsminister angekündigt. Seine von beiden Lag in meiner Meinung ist, daß die Reichs- und Staatsfinanzen im allgemeinen als sehr gespannt angesehen, aber auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zu einer Veranschlagung kein Anlaß vorliegt.

Gleichheit über die Finanzlage.

Gegen die Behauptung einiger Zeitungen, er habe in der Sitzung des Staatshaushalts zu Weimar den bevorstehenden Staatsbankrott angekündigt, erklärt der preussische Finanzminister Dr. Südekum folgendes:

In Zusammenhang mit der Erörterung über die formale Ausgestaltung der Steuererhöhung in Zukunft habe ich den Ausdruck gebraucht, daß die Steuerpflichtigen mit derselben Gleichberechtigung wie ein einseitig gewordene Kaufmann, also Bankrott. Der Stand ihres Vermögens und ihres Einkommens den Behörden darzulegen hätten, damit auf Grund ganz einwandfreier Angaben eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kosten im ganzen Reich vorgenommen werden könne. Aus dieser Verteilung mit anderen Bemerkungen, die sich auf die schwierige Lage der Reichs- und Staatsfinanzen bezogen, ist unabhängig oder böswillig gemacht. Ich hätte den Staats- oder Reichsminister angekündigt. Seine von beiden Lag in meiner Meinung ist, daß die Reichs- und Staatsfinanzen im allgemeinen als sehr gespannt angesehen, aber auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zu einer Veranschlagung kein Anlaß vorliegt.

Sparsamkeit im Reich.

Die Aufrichtigkeit in Hamburg.

Die Aufrichtigkeit in Hamburg hat einen beträchtlichen Umfang angenommen, die von Bewohnern während der Nacht durchgeführten Raubzüge mehrten sich. Eine Bande bewaffneter Leute nach dem Bezirk Harstedtschke hinauf, wo unter Vorhaltung von Revolvern die Bewohner gezwungen wurden, den Räubern das Herzgehörte, was sie verlangten. Nach Annahme der Sicherheitsorgane handelt es sich um systematisch vorbereitete Raubzüge, deren Ausgangspunkt noch unbekannt ist. Ein Wehrmann der sogenannten Volkswache wurde am Neuen Steinweg durch Sicherheitsmannschaften beschossen. Es liegt außer Zweifel, daß sich in den Händen Ungehöriger mehr Waffen befinden, als angenommen wird. Der „Hamburger Korrespondent“ berichtet: In der Nacht zum 11. Februar kam es in der Nähe des Dammtorbahnhofs zu heftigen Schießereien. So weit in Erfahrung gebracht werden konnte, hatten dort größere bewaffnete Vandalen die Willen angegriffen, um dieselben zu plündern. Hierbei wurden die von Sicherheitsmannschaften gestellt. Da es sich um größere Banden handelte, wurden auf Automobilen vom Stabtruppen Verstärkungen herbeigeführt. Der gemeine Hamburger Sicherheitsdienst liegt in Alarmbereitschaft. Am diesen Zustände ein Ende zu bereiten, veranlaßt die Sicherheitsbehörden des Obersten Kommandos in Hamburg Veranordnungen, in denen zuerst darauf hingewiesen wird, daß den Anordnungen der Sicherheitsmannschaften Folge zu leisten ist, daß Plünderer auf der Stelle erschossen werden und daß ein Verbot des Waffenbesitzes besteht. Der Sicherheitsdienst, dem die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit übertragen ist, muß darauf hin, daß alle, welche Waffen im Hause haben, sich strenger Bestrafung aussetzen. Die Truppen und Sicherheitsmannschaften werden entschlossen und entschlossen für die Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse in Groß-Hamburg wirken. Die für die Katastrophenebene wichtige Bewachung verantwortlichen Abteilungen würden unmissverständlich zur Niedersicht gezogen werden.

Eine Niederlage der Unabhängigen in Braunschweig.

In einer Sitzung der Braunschweiger Landesversammlung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Antrag angenommen, der von der Landesregierung fordert, die Bildung eines westfälischen Freistaates nicht mehr zu fordern, vielmehr in Verbindung mit einem freien Ausschuss des Landtages die Bildung eines Freistaates Niederlande anzubahnen, der unmissverständlich das ganze Hannover umfassen soll. Reichsgesetzliche Bestimmungen sollen dabei beachtet werden.

Der Kampf um die Kommandogewalt.

Wie der „Münsterischer Anz.“ meldet, hat der Generalstab in Paris, das 7. A. R. eine Entschlossenheit angenommen, in der die Behauptung der Reichsregierung über die Kommandogewalt und die Stellung der Soldatenräte nicht anerkannt wird. In den Richtlinien an die Bezirkskommandos des 7. A. R. heißt es u. a.: Die Kommandogewalt im 7. Korps

hegt in den Händen des Generaloberkommandos. Einziehungen dürfen nicht mehr erfolgen. Um Vermeidung des 7. A. R. darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden. Jede Wehrfähigkeit ist zu unterbinden. Die Wehrlose sind zu verbünden. An Stelle des Heeres Heeres ist eine auf sozialer Grundlage aufgebaute Volkswache zu bilden.

Der kommandierende General des 7. Korps hat daraufhin die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung der Reichsliste des Generaloberkommandos gebeten. Dieser militärische Schutz ist am Sonntag in Münster eingetroffen. Das Generalkommando hat den Generaloberkommandant aufgehoben. Der Bezirkskommandant der Stadt Münster steht nicht auf Seiten des Generaloberkommandos.

Umgebung für den Volkstheater.

In Halle fand am Montag ein Aufklärungsabend statt. Der Referent des Abends, ein Herr Berger, sprach über Sozialismus und Volkstheater. Er beleuchtete das unheilvolle Wirken der Volkswirtschaft an dem Beispiel Rußlands. Das paßt aber den anzuwendenden Sparraktiven nicht. Sie drängen auf das Rußland, sollen den Wehrer beruhen und richten ihn über zu. Nur mit Mühe vermochte die Materialkommission ihm das Leben zu retten. Nach Beendigung dieser Ausführungen verhandelten verschiedene Redner den Volkstheater. Einige andere Redner hatten den Mut, die lächerlichen und verächtlichen Behauptungen der bolschewistischen Agitation ins richtige Licht zu setzen.

Was aus unfernen Roste droht.

In den letzten Tagen sind in den Nordkreisen Lüneburg, Celle, Bistum usw. viele kleine Truppen von russischen Gefangenen eingetroffen, die aus ihrer Heimat wieder zurückgekehrt sind, weil dort weder Arbeit noch Nahrungsmittel zu finden waren. Sie alle geben graufige Schilderungen von den fürchterlichen Zuständen, die der Bolschewismus dort geschaffen hat. Hungernot, Mord und Raub, vollständiges Durcheinander von Handel, Industrie und Verkehr, Vernichtung der Landwirtschaft durch Vieh- und Getreideverlust, Hungertod von Hunderten, Verhungern der Bevölkerung, Verhungern der Frauen und Kinder, soweit sie noch am Leben sind, nachkommen zu lassen. Die Leute bitten um Wiederaufnahme und sind zu jeder Arbeit bereit.

Bolschewistische Propaganda in Westeuropa.

Die Schweizer Blätter berichten von einem Plan Trozkis, aber nach der Schweiz zu kommen, um von dort aus Westeuropa, speziell Frankreich, mit bolschewistischen Geistes zu erfüllen.

Ein Bolschewistenkongress.

Die Schweizerische Presse berichtet, daß Lenin den Bolschewisten in Deutschland, Österreich, Polen, den Ostprovinzen und Flandern eine Einladung zur Abhaltung einer Kommunistenkonferenz zugehen ließ. Lenin erklärte, nur die Bolschewisten hätten das Recht, die Initiative zu einer Weltfriedenskonferenz zu ergreifen.

Die Franzosenherrschafft in der Pfalz.

Der bayerische Landesführer Dr. Heim hat in der Rheinpfalz gewirkt und über die dortigen Zustände im Reichstag folgende:

Es herrscht strenge Kontrolle über alle Verkehrsmittel nach dem unbesetzten Deutschland. Die Franzosen haben die Sperre auf das Schloß. Ein einziger Brief nach dem unbesetzten Gebiet ein Vierteljahr Gefängnis gefolgt. Mit ein dreijähriger Junge in deutscher Uniform auf der Suche gehen wurde, wurde sein Vater mit einer Geldstrafe von 300 Mark bestraft. Zwangsartikel geben von einem französischen Polizeubureau den Tagesblätter zu. Man arbeitet auch mit Verpfändungen. So wird unter der Hand verboten, daß die Pfalz, wenn sie französisch werden soll, auf zehn Jahre besetzt bleiben könne. Heute schon ist im Blick eine Ermüdung eingetreten. 66 Prozent der Bevölkerung haben sich für Neutralität, 17 Prozent für den Anschluss an Frankreich und 17 Prozent für die Wiederherstellung der Pfalz ausgesprochen. Die militärischen Verhältnisse in der Pfalz sind solange der kaiserlichen Maßnahmen der Franzosen traurig. Die schwarzen Soldaten hielten beständig, andererseits ist die Wirtschaft ein Teils der weiblichen Bevölkerung ein trübes Kapitel. Die Revolutionsregierung hat in der Pfalz keine Gültigkeit. Bedeutend ist die strenge Disziplin in französischen Heere. Die Franzosen haben jüdische Angst vor dem Bolschewismus. Nach ihrer Auffassung ist das mindeste, was der Friedensvertrag bringen muß, die Errichtung eines Pufferstaates mit dem Rhein als Grenze.

Konflikt zwischen Frankreich und England.

Obwohl sich bisher die Hoffnungen Deutschlands auf einen Konflikt zwischen den verbündeten Mächten in keiner Weise erfüllt haben, laucht hin und wieder das Gerücht über einen derartigen Konflikt in der deutschen Presse auf und wird jedesmal mit breiter Genugtuung kommentiert, obwohl sich regelmäßig schon nach wenigen Tagen herauszustellen pflegt, daß der Konflikt entweder überhört wird, bestanden oder sich sehr für derartige Konflikte in ziemlichem Maße; aber die Leute, in die sich die Verbündeten zu teilen haben, ist ziemlich groß, und so braucht man kaum damit zu rechnen, daß die eble Eintracht der Raubzüge, die das geteilte Pferd verzehren, allzweihelb werden wird. Es handelt sich im Wesentlichen wohl nur um kleine Differenzen in der Form; die französischen Imperialisten, in denen die Rücksicht gegen den launischmännlichen Geist erfüllt hat, während eine sofortige Eroberung Deutschlands, die englischen Imperialisten ziehen ein etwas langsames Verfahren vor, während Amerika, das an der völligen Vernichtung Deutschlands kaum ein Interesse hat, gefolgt beiseite steht und hin und wieder allzu heftige Ausbrüche des jählichen Hasses ausstößt den Gedanken der Wohlwollendigkeit und des Gedächtnisses zu unterbinden bemüht ist. An den jetzt durch die deutsche Presse gebunden Gerüchten von ersten Differenzen zwischen Frankreich und England im Hinblick auf die neuen Okkupationspläne des Marschalls Rod ist ohne Zweifel etwas Nichtiges. In England und Amerika, wo die öffentliche Meinung noch nicht so gut diszipliniert ist, wie unter dem Einfluß des Herrn Clemenceau, empfand man eine erneute Hinanzschiebung der Demobilisierung, wie sie die Franzosen Okkupationspläne veranlassen, als höchst unerwünscht, und an die Form der westlichen England und Amerika, die ja ihrerseits das linke Rheintal zu annektieren nicht gewonnen find, über allerbald Bedenken gegen die Mächten des Herrn Rod geäußert haben. Es ist wohl anzunehmen, daß der Rod von seinen eckigen Plänen einiges ablassen wird, und auf dieser Grundlage dürfte sich dann ein höchst befriedigender Ausgleich zwischen den Verbündeten herstellen lassen. Für dieses Konzept der europäischen Eintracht, welches zuerst in Paris ausgeführt wird, sind Herr Rod und Herr Wilson gleich unerschütterlich; Herr Rod fordert Ungehöriges, Wilson handelt einiges davon ab und die Alliierten haben dann noch den Vorzug, sich im Glanze ihres Edelmuten zeigen zu können, wenn sie auf eine totale Entfesselung des westlichen Gegners verzichten. Das ist außerordentlich praktisch und erinnert in seiner programmmäßig verfahrenen Folge an ein großes Symphonieconcert, in welchem Herr Rod die herrliche Rolle und Herr Wilson die bescheidenen Rolle spielt. Nur schade, daß wir die nicht unbedeutenden Kosten dieser musikalischen Veranstaltung zu tragen haben.

Früh neue Pläne.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Äußerlich verbreitete die Pariser Presse die Ansicht, daß Deutschland durch neue Waffenstillstandsbedingungen zu finden. Sie vertritt, daß die deutsche Regierung die Bedingungen der Alliierten übernehme. Die deutsche Presse übernahm diese französische Meldung, die — soweit in Berlin bekannt geworden ist — durchaus von Seiten Rods inspiriert sein muß. Doch ist in Berlin keinerlei Interesse an dieser unzufälligen Charaktere eingetroffen, die erkennen läßt, daß Rod seine Erklärungen tatsächlich durchzuführen beabsichtigt. Man hat vielmehr Klarheit erhalten, daß England und Amerika Rod den Rat gegeben haben, daß Deutschland nicht so rigoros zu verfahren und weiß, daß es zwischen Rod und dem englischen Oberbefehlshaber sogar zu heftigen Auseinandersetzungen kommen müßte, weil beide einen entgegengesetzten Standpunkt in den weiteren Bedingungen des Waffenstillstands einnehmen. Man nimmt in Berlin an nachgehender Stelle an, daß es bei dem Scheitern Rods bleiben wird (?). Die deutsche Regierung ist sich über die Lage der Dinge klar, daß unter Waffenstillstandsbedingungen mit allen Nachbarn neue harte Bedingungen der Entente abzulehnen ist. Dieser hat die deutsche Waffenstillstandsmission noch keine Einladung zu den neuen Waffenstillstandsverhandlungen, die wieder in Lier stattfinden werden, erhalten. Man erwartet indessen jeden Tag, daß diese Einladung eingeht.

Die neuen Forderungen der Entente.

Die deutsche Waffenstillstandsmission in Spa teilt mit: Der Oberste Rat der Alliierten ließ der Deutschen Obersten Generalsektion am 10. Februar in Spa mitteilen, daß er von einer Verständigung abgesehen über das zur Zeit in Deutschland vorliegende oder in den Fabriken in Arbeit befindliche Material keine Forderungen, insbesondere über die Zahl der vorhandenen Maschinenwerke, der Schmelzen und Schmelzöfen, der Flugmaschinen und der Schiffsbauwerke, die gegründet die Förderung mit der Rotorik und mit der Weltwirtschaft, die Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstands festzulegen.

Die Ausichten für unsere Verfertigung.

Abgeordnete Verhandlungen mit der Entente. Wie die deutsche Waffenstillstandsmission mitteilt, haben

der Lebensmittelversorgung Deutschlands gegeben, daß die Entente ihre Bedingungen weitest zurückzieht, so daß sich die jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die unmisslichen Verhandlungen sind wieder abgebrochen worden. Unter diesen Umständen werden die Ausichten für unsere Lebensmittelversorgung noch wie vor höchst düster, die Hoffnungslosigkeit bleibt bestehen.

Wie verlautet, besteht bei der Entente die Ansicht, die Wiederherstellung zu zu tun, daß den Neutralen möglichst Ansporntheit für die Einkehr von Rohmaterial gegeben wird. Die Neutralen müssen alsbald Garantie geben, daß nichts von den Waren zum Verkauf kommt. Frankreich ist vollkommen entschlossen, keine Rohmaterialien nach Deutschland kommen zu lassen. Zu ein Drittel der französischen Industrie zerstört ist, würde Deutschland andersfalls in die Lage versetzt werden, im Frieden die französische Industrie zum zweiten Male zu zerstören.

Oesterreichs Anstich geübt.

Während sich ursprünglich in Pariser Konferenzzeiten eine starke Opposition gegen den Anstich Oesterreichs an das Deutsche Reich geltend machte, beginnt man jetzt den Zusammenhang über deutschen Gebiete als den gebotenen Ausgleich zu der Abweisung Groß-Britanniens und Polens zu betrachten. Einwendungen lassen von keiner Seite zu erwarten. In Wien und Vindobona die Frage als eine rein diplomatische zu betrachten, in die eine Mehrheit für die Vereinbarung vorhanden, so daß Clemenceau, der zusammen mit den übrigen französischen Vertretern nach wie vor den Zusammenstoß befürchtet, überstimmt werden wird.

Eine deutsche Note in der Polenfrage.

Auf die vom General Ruben der deutschen Waffenstillstandsmission übergebene Note des Marschalls Rod, worin die deutschen Militärbehörden namens der Alliierten von der Entsendung einer Kommission nach Polen beauftragt worden sind, hat die Regierung folgende Antwort erwidert: Die deutsche Regierung wird die erforderlichen Anordnungen für die sichere Durchfuhr der Kommission treffen, sobald die Zeit ihrer Ankunft und ihres Reisezweckes feststeht. Dagegen liegt es nicht in ihrer Macht, über die Bedingungen hinzuweisen, die für wegen des Durchzugsrechtes der alliierten und alliierten Staaten das Waffenstillstandsabkommen auferlegt hat. Sie sehen vielmehr voraus, daß die Zügigkeit der Kommission für außerhalb der im Waffenstillstandsabkommen bestimmten Reichsgrenze abspielen wird. Die deutsche Regierung vermag auch nicht anzuerkennen, daß es innerhalb der Reichsgrenze schon jetzt politische Behörden und ein von für unabhängiges öffentliches Leben gebe, wie sie in existieren, und die Bevölkerung unmissverständlich zu halten, die sie durch Streik und von der Bolschewisten Grundidee gegenüber den Bewohnern unmissverständlich politisch bester Gebiete des Reiches übernommen hat. Sie kann aber nicht dulden, daß Reichsangehörige politischen Sinnes die Durchführung der Verpflichtungen durch gewaltsame Besetzung deutscher Gebiete zu erzwingen suchen. Dessen sollte die deutsche Regierung solange vornehmen, bis alle besetzten politischen Organisationen aus dem jetzigen Reichsgebiet entfernt sind. Heber die unzulässige Zugehörigkeit der Gebiete, die der Marschall Rod als unbesetzt bezeichnet, wird sich der Friedensvertrag anerkennen. Sie haben nicht Deutschland eine Stellung wie „Beute“ über das Verhalten seiner Behörden in diesem Gebiet ab.

Beilage zu Nr. 37 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Donnerstag, den 13. Februar 1919.

Die Tschechen auf der „Friedenskonferenz“.

Die Tschechen scheinen sich das nicht leicht erreichbare Ziel gesetzt zu haben, mit ihren Forderungen auf der Friedenskonferenz die Polen noch zu übertrumpfen, zu denen nach einem Wilmot Präsident Wilson geäußert haben soll, man würde eher zum Ziele kommen, wenn sie angeben würden, welche Teile von Europa sie nicht beanspruchen. Das Gleiche ungelächterweise von den Tschechen geäußert. In ihrem Vortrag vor den Vertretern der fünf Großmächte haben die tschechischen Abgeordneten Prantich und Reichel verlangt, einen Staat von ungefähr 13 Millionen Einwohnern in den Grenzen des früheren Königreichs Böhmen bilden zu können. Sie verlangen daher ganz Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei. Die Tschechoslowaken fordern außerdem Grenzberichtigungen in der Gegend von Graz und Preßburg-Schäben, bei Trossau, in der Gegend von Ratibor an der Oder und in der Gegend von Thomanau und Gmund in Niederösterreich. Außerdem sind sie geneigt, sich mit den Ruthenen zu vereinen, die auf dem linken östlichen Teil der Tschechien wohnen, wenn diese es wünschen. Auch leben sie einer Vereinigung mit dem Gebiete der Deutschen „wenigstens gegenüber“, da auf diese Weise die tschechischen Staaten durch Erleichterung der Zugangswege zum Meer und nach Italien bedeutend an Reichhaltigkeit gewinnen würden. Sie schloßen ferner die Internationalisierung der Verkehrswege östlicher nicht von Meer gelegenen Staaten Mitteleuropas vor, um die politische Barriere, die sie verknüpfen, zu beseitigen und ihnen eine erfolgreiche Bekämpfung jedes deutschen Einflusses zu ermöglichen. Insbesondere verlangt die tschechoslowakische Regierung Internationalisierung der Elbe, der Weichsel und der Donau. Oben der Eisenbahnlinien von Pilsen, Prag, Brünn und Olmütz. Man erwartet, daß die Paris-Verträge in Stuttgart-Strasburg-Paris die letzten Spuren der ehemaligen deutschen Hegemonie beseitigen werde.

Man sieht, der Plan der vollkommenen Einbürgerung Deutschlands ist fertig, und man kann sich der Befriedigung nicht verschließen, daß es mindestens zu einem erheblichen Teile verwirklicht werden wird. Er vertritt deutlich den französischen Einfluß, dem der englische schwerlich im Wege stehen dürfte.

Die schönsten Reden über Völkervereinigung stehen die Verhandlungen der Friedenskonferenz bisher lieber ebenso wenig wie die unerschöpflichen Waffenstillstandsbedingungen, die angeblich dem „Austrianismus“, in Wirklichkeit aber dem deutschen Volk entgegen, in Einklang. Das von der Entente geplante Unternehmen, 75 Millionen Menschen in vollkommene wirtschaftliche Sklaverei zu bringen, ist von den besten Allenbenken von je als Sargenstein unserer Feinde erkannt und offen warnend verhandelt worden. Die heute herrschenden Parteien haben das während bekämpft und als das wichtigste Argument vertrieben. Heute ist die allseitige Sorge als nur zu begreifbar erweisen und die Gegner als bestialische Dummköpfe entlarvt, die ihr Volk ins Verderben gerieten lassen. Jedenfalls aber ist der Ton, der auf der Friedenskonferenz angeschlagen wird, in keiner Weise geeignet, die künftige Verbindung in der Wege zu festem und drohenden Verstande, wie sie insbesondere die Tschechen und Polen zurzeit gegen Deutschland unternehmen, können — wenn sie Erfolg haben — nur den Keim zu einem neuen Weltkriege legen.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Grav Polakowski über den Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei.

Grav Polakowski, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, erklärte in einer Unterredung: „Wir werden der Regierung keine Schwierigkeiten machen, sondern sie nach Möglichkeit unterstützen. Natürlich müssen wir uns unter Entscheidung in allen Fällen vorbehalten. Jedenfalls kann ich sagen, daß wir die Lage akzeptieren, wenigstens niemand von uns erwarten kann, daß wir über Nacht unsere Stimmung geändert haben. Wir sind und bleiben Nationalisten, weil wir im Nationalismus nach wie vor das Heil Deutschlands und Preußens erblicken.“ Auf die Frage, wie er der Sozialisierung stehe, sagte Polakowski: „Wir sind nicht prinzipielle Gegner der Verknüpfung, während sie aber nur unter der Bedingung, daß die Ertragsfähigkeit wirtschaftlicher Zweige wächst. Das ist, was wir begehren. Daher sind wir Anhänger des privatwirtschaftlichen Systems.“

Über die Frage der Aufstellung des Großgrundbesitzes sagte Grav Polakowski: „Wir glauben nicht an die Möglichkeit einer Durchführung dieser Aufgabe. Die Aufstellung des Großgrundbesitzes in viele kleine Güter würde enorme Schwierigkeiten machen, zahllose Chancen und andere Verschlechterungen fordern, eine Arbeit, die in einem Vierteljahrhundert nicht bewältigt wäre und sich unter den gegenwärtigen Umständen von selbst verbietet.“

Wie wir z. T. regiert werden!

Was geschieht mit den 14 000 Gutsbesitzern bei der Neuordnung der Gemeindegrenzen? Sie könnten nämlich nach dem neuen Gemeindevorstand nicht wählen. Sind sie etwa wie Dutzend andere Dinge in den Gemeindevorstand auch — begreifen werden? Der zuständige Vertreter im Ministerrat des Innern gab nur auf eine Anfrage folgende — legen wir einmal „wertwürdige“ Auskunft:

„Gutsbesitzer hat keine Gemeinden. Ihre Interessen wählen also überhaupt nicht. Wenn der Gutsbesitzer aufgelöst wird, so muß er einer Gemeinde zugewiesen werden. In dieser wählen dann die Pfaffen. Die Auflösung der Gutsbezirke wird aber wegen der Schwierigkeiten der Durchführung noch mindestens ein Jahr dauern.“

Woraus hervorzuheben, daß die Gutsbesitzer, die man aussergewöhnlich bei der Abfassung des Entwurfs in der Elbe wirklich vorgehen hat, diesmal von den Aufregungen der Wahl verschont bleiben.

Die Wendenfrage.

Mit Bezug auf die Verhandlungen, welche die tschechische Regierung gegenwärtig mit den Wenden anstellt, hat die Reichsregierung erklärt, daß es entschieden die Absicht der Reichsregierung sei, die Verhandlungen durch die tschechische Kammer abzuwickeln. Die tschechische Kammer habe das tschechische Programm verlesen, da sie eine bessere Variante außer acht lassende Politik an den Tag gelegt habe. Er fordert die Regelung der wendischen Wälder auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die eigene wendische Nation. Er erklärt ferner, daß die wirtschaftliche Lage des wendischen Volkes in Zukunft sich verbessern würde, daß auch der übrige Ausbau des wendischen

Programms fertig umrissen sei. Inzwischen sind die Bauherren Schulbehörden den Forderungen der Wenden, die Schulen betreffend, weiter entgegengekommen, indem sie den schulpflichtigen Sprachunterricht für die wendischen Schüler in höheren Lehranstalten einführen wollen.

Für die Einheit Schleswig-Holsteins.

In der Stadt Schleswig wurden zwei Versammlungen abgehalten, nachtrivolle Rundgebungen für die Erhaltung des ungeteilten Schleswig-Holsteins. Nach eindrucksvollen Reden wurde von den Versammelungen, denen zahlreiche Vaterlandsfreunde aus allen Teilen der Provinz beiwohnten, eine Entschließung gefaßt, in der die Forderung der Wenden, die Völkervereinigung des Nordens an Dänemark zum Ausdruck gebracht wurde. Die Entschließung wurde der Reichsregierung, der preussischen Regierung, der Nationalversammlung und dem Präsidenten Wilson zugestellt.

Siebel als Zeitrichter.

Der große Dänemärker Siebel hat ein Diktandum geschrieben, das er „Politische Situation“ betitelt, von dem man glauben sollte, es sei für die heutige politische Lage in Deutschland vorausgesehen. Das Diktandum lautet:

„Oben brennt es im Dach, und unten runden die Rinnen. Aber drinnen im Haus schläft man sich um den Hals. Im Hof der Pöbel, im Westen der Fremden, im Norden der Däne, über uns allen der Hunger und im Innern der Streit der Parteien.“

Die Industrie will im Wiederaufbau gefährt

durch die Befähigung von Arbeitslosigkeit und durch die Mangelhaftigkeit bezüglich der Friedensschwierigkeiten. Die Produktion, hauptsächlich verursacht durch die Vorkriegsleistungen, im Ausland nicht fortzuführen zu können. Ein Teil der Industrie will deshalb zur Qualitätsproduktion übergehen, mit anderen Worten keine Artikel herstellen, die auf dem Ausland an Nachfrage bedürftig ist hauptsächlich die Textilindustrie. Was die keramische Industrie, Glasfabriken, Lebensmittel, Porzellan, Glas, Haushaltsgegenstände, Spielzeug und Papier angeht, so spricht hier nicht nur der Mangel an Rohstoffen mit, sondern auch der Umstand, daß die Rohstoffe in weitem Umfangem demontiert waren; alles muß erst wieder hergestellt werden. Die Hoffnung auf Beseitigung des Ausfuhrstopps wird auf wackeligen Füßen zu Grundstücken führen, da die Friedensbedingungen unter anderem im Ausland ohne Zweifel bestehen werden. Es ist der Gedanke angeregt worden, die Ein- und Ausfuhr zu veranlassen. Für die Sachhandlung bedarf es jedoch keines Bedauerns, daß in diesem Falle die Möglichkeit der deutschen Konkurrenz im Ausland vollständig ausgeschlossen wird.

Die Entente nicht hinsichtlich der Zeit, um die ausstehenden Wälder in Besitz zu nehmen, ist auch dabei mit großer Rücksicht vor Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland müssen ihren Gesandten mit Deutschland der Annahme der von den Verbänden genannten Ansprüche unterwerfen. Deutschlands Schiffsahrt nach Schweden, bei dem Schiffsahrt, Holz und Zellulose im Betracht kommen, ist durch den Umstand bedingt, daß die Entente die Schiffsahrt von dieser wieder unter dem Namen einwandern, deutsche Schiffe mit der Kapazität behält. Die Ausfuhr von Holz und Holzfabrikaten von Deutschland nach den neutralen Ländern ist von der Entente verboten. Was die Ausfuhr aus den neutralen Ländern nach Deutschland angeht, so ist dieselbe von der Entente den unterworfenen Schichten unterworfen worden. Sie fordert Gefährdung und verleiht mit der Gefahr, den wendischen Verkehr auf jede Art zu hindern. Daß dieses Verfahren zum Ziel hat, die neutralen Wälder in Besitz zu nehmen, bevor der deutsche Handel sich erholen kann, geht aus dem Umstand hervor, daß Amerika bereits für 300 Artikel das Ausfuhrverbot aufgehoben hat, welchem

Für die Gemeindegewahlen

liefern wir Stimmzettel und Umschläge schnellstens.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von Friedrich Heg.

54. (Wiederholungs verboten.)

Bierscheites Kapitel.

Den zweihundertachtzigsten Tag, den Tag, den der Geheimne Rat als Tag der Abreise festgesetzt hatte, schien der Herr von Rollen, Gustav und Wanda zum heiligsten Tag im ganzen Jahre bestimmt zu haben. Schon in der Frühe prallte die Sonne wie übermäßig vom leeren Himmel herunter, als man sich zum Wege nach der Stadtbahn aufmachte.

Das geschah mit einer gewissen Feierlichkeit. Man schritt der Geheimne Rat, den Rudolf in der Linken, in der Rechten den Bergfried, gleich als wenn er als Symbol der Alpenfahrt schon in Berlin gefahren wäre, mußte aber als wenn er der Strassenläufer sei, den der Vater paradiesisch den Seiten den Weg weisen wollte. Eschen warf er einen Blick hinüber, nach der Daffeldschen Villa, wo Wälfrauen und Sob. Aber das Nachahmung aus mit verschönten Läden friedlich und stumm da.

Ihm folgte Erna, sie trug den Koffer bereits auf dem Rücken. Reich und eifrig kam sie durch die Gartentore.

„Melitta, Melitta!“ rief der Vater nervös. Es dauerte ziemlich lange, bis das Melittchen in der Haustür auftauchte, drohte vor Grimm und Hitze. Ihr lücheln Wälfrauen schenken noch extra auf dem Weg hin geschickten zu sein.

„Wo ist Mama? Wo bleibt du?“ rief Hartig ungeduldig, der stets an Melittchen litt, so er zur Bahn ging.

„Ich kann nicht hinunter gehen bei dieser blödsinnigen Hitze! Und außerdem drückt mich der rechte Schuh. Ich darf nicht aufsteigen!“ — Herr Gott! Für so 'ne Reize dante ich! Ich gäbe sonst was drum, wenn ich in Berlin bleiben könnte!“ zischte sie vor sich hin.

„Baba, bitte nimm doch eine Droschke!“

„Es ist sehr gut, wenn wir schon heute aus etwas im Gehen sind. Du wirst dich dabei an keine Siegel gewöhnen!“

Während Melitta auf „Mit diesen diesen Büchern!“ In wollenen Strümpfen!“ Sie trat auf das Pfäffchen, das die ersten Klagen nur zu quetschen. Endlich kam auch die Mama. Nach die letzte Ermahnung, das Haus gut zu verriegeln, dann hand auch sie auf der Straße und schleppte in den Linken den wohlgepackten Kuf-

lad. Zwei Handkoffer waren bereits gestern abend durch den Spektier zum Anhalter Bahnhof gefahren.

Trotzdem er die Plätze vorausbestellt hatte, war Hartig schon vor Belegung der Bahnperrone oben, und als die Schranken geöffnet wurden, rief er: „Nach, nach!“ Da er das Rückwärtsfahren verzog, nahm er den Fensterplanck in der Zugtür ein. Mama war gegenüber platziert, die Dächler hatten die Gepläne an den Türen. Baba hatte sogleich lautend geschrien, pachte nervös die Kofferhälften aus als Signatur. Melitta schürzte die Augenlider vor, holte aus dem Koffer das Kauschbrett heraus, verdrückte, verstaute, holte ihn wieder herab, um den Reiseführer bei der Hand zu haben, verstaute die Reisetasche noch einmal um.

Die Dächler sprachen kein Wort. Schon seit mehreren Tagen nicht, seit der Müller der Vater aus Berlin. Melitta argwöhnte eine niederträchtige Untzige der Kellern. Jetzt sah sie die Vorhänge nach dem Gang dicht zusammen und hielt die Tür fest, so oft sich draußen Tritte hören ließen.

Erna hielt die Hände auf dem Schoß gefaltet und hing ihren stillen Gebanten nach.

Das Manöver mit den geschlossenen Gardinen glückte anfangs. Aber zehn Minuten vor Abgang meinte sich das Getrappel auf dem Abgang. Eine Menge Wälfrauen mußte plötzlich gekommen sein. Richtig! Die Tür ward aufgerissen.

„Nur! Hogle Melitta.“

Ein Luchsbart dicker Berliner war sichtbar.

„Gustav war ebenfalls ein beliebter Weißbiertrinker. Otto dagegen normal. Der Dide ließ sich neben Melitta auf die Bank plumpen. „Aber, das ist doch unmöglich!“ rief sie.

„Es geht allem! Sam Ge fer zwei Plätze besetzt, Freilein —? Re? J? auch nicht!“

Entwärtel wird die Geheimne Rats-Tochter vor ihm in die Ecke. — „Dankeschöners; na, kein Se, mit ein bißchen Zeilenweise läßt sich alles machen.“

Im letzten Augenblick erziehen noch ein Reiseführer in der Tür, dem ein langes, kaltes Mann folgte.

„Hier etwa noch ein Platz?“ frag er schüchtern.

„Natürlich!“ rief der Dide.

In dem Augenblick, als er seinen Handkoffer in das Gepäckwagen bringen wollte, zog die Lokomotive an, der Jüngling fiel Herrn Jürging in die Arme und trat ihm auf den Fuß.

„Oh!“

„Berichtigung, mein Herr!“ Er entschuldigte sich tausendmal und setzte behutend hinzu: „Ich sohrte mich die Seite!“

Als man durch Kantholz liefte, sprach der Zufall: So, nun können wir entgehen. Bis Jena sind drei Stunden, da kann noch eine Menge Geld verdient werden.“

Der Dide befragte einen Handkoffer herum, stellte ihn auf die schmale Seite und breitete einen Koffermarkt darüber aus. Er nun ging das Stadtbüro los. Den Geheimen Rat machte es nervös. Das große Aufwachen der Kellern erbeute ihn geradezu. Und noch dazu die einfältigen Wälfrauen die jedem Blatt! Ein Mensch von Erziehung spielt schweigend und distret. Beim Passieren von Treppen mußten es über dreißig Grad im Abteil sein. Selbst aus dem trockenen, bürren Hartig hat der Schnee in Wälfrauen hervor.

Er öffnete das Fenster, aber nach kaum zwei Minuten riefte der blasse Jüngling liegende Wälfrauen an ihn: „Ich dürfte mich nicht erheben werden. Ich darf nicht in der Zugtür sitzen. Du bist nämlich erst gestern aus der Exakter entlassen worden.“

Frau Hartig riefte erwiderten vor ihm ab und drückte sich so weit wie möglich an die Rückenwand des Wagens.

„Nur hat Ihnen denn jesehlt!“ sagte der Dide mit einem mißtraulichen Seitenblick.

„Ich habe die Wälfrauen gehabt.“

„Oh! Oh!“ riefen Frau Hartig und Melitta wie aus einem Munde.

„Sie brauchen sich nicht zu ängstigen, meine Damen.“ erwiderte der Jüngling lachend. „Ich habe bereits erbeudet. Ich bin wieder gesund. Da kann nicht es nicht.“ Da heißt es einfach: Siemens, noch die Klappzettel!“ sagte gütiglich der Dide und zog ohne weiteres die Fensterläden wieder hoch.

Der Zug rollte weiter. Herr und Frau Hartig saßen still vor sich hin. Melitta schaute wieder die Straße.

Man domierte und rittelte durch die Weiden der Station Ludenwalde.

„Auff!“ riefte der Gustav. „Wenn 't nicht anders geht, kann jeseh nicht anders.“ Er schnappte Strawasse und Stragen ab und schlüpfte aus dem Jodet.

(Fortsetzung folgt.)

